



Hessischer Flüchtlingsrat

Frankfurt, den 14.12.2016

Presseerklärung

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

**Protestaktionen gegen ersten Sammelcharter
heute 17:30 Uhr, Flughafen Frankfurt**

**Flüchtlingsrat fordert Hessische Landesregierung
zur Aussetzung von Abschiebungen auf**

Der Hessische Flüchtlingsrat verurteilt die geplante Sammelabschiebung nach Afghanistan am heutigen Abend und fordert die Parteien im Landtag auf, sich klar gegen die Abschiebungspraxis auszusprechen.

„Die Sicherheitslage in Afghanistan ist entgegen der Propaganda der Bundesregierung dramatisch – auch die vermeintlich sicheren Zonen gibt es nicht“ kommentierte Anita Balidemaj vom Hessischen Flüchtlingsrat die geplante Abschiebung.

In Afghanistan kamen offiziellen Angaben zufolge allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 über 2.500 Zivilist_innen gewaltsam ums Leben, weitere 6.000 wurden verletzt. Auch kommt es zunehmend zu Angriffen auf dicht besiedelte Gebiete. Dies widerspricht der Aussage der Bundesregierung, es würde den afghanischen Sicherheitskräften gelingen, die meisten urbanen Zentren zumindest ausreichend zu kontrollieren und es somit interne Fluchtalternativen in Afghanistan geben würde. Anfang Oktober erst eroberten die Taliban zum wiederholten Male kurzzeitig Kundus, wo auch noch einige Bundeswehrsoldaten stationiert sind.

Die geplanten Abschiebungen basieren auf einem Rücknahmeabkommen zwischen der Europäischen Union und Afghanistan, welches Anfang Oktober 2016 unterzeichnet wurde und sind Ausdruck der sich immer weiter verschärfenden Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU. Auf die Herkunfts- und Transitländer wird massiver wirtschaftlicher Druck ausgeübt, um die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender zu ermöglichen.

Mit dem Sammelcharter noch vor Weihnachten betreibt die Bundesregierung vor allem Symbolpolitik: „Zum einen soll die afghanische Community verunsichert werden, wohl auch in der Hoffnung, dass einige Leute aufgeben und ‚freiwillig‘ zurückkehren bzw. sich gar nicht

erst auf den Weg nach Deutschland machen“ ergänzte Balidemaj. „Zum anderen wird offenkundig versucht, über eine harte Abschiebungspolitik verlorene Wähler_innen von der AFD zurückzugewinnen. Dadurch lässt sich die Regierung die Flüchtlingspolitik von den Rechten diktieren – ein fatales Signal.“

Der Hessische Flüchtlingsrat fordert die im Hessischen Landtag vertretenen Parteien auf, sich während der heutigen Landtagsdebatte zum Thema deutlich gegen die Abschiebungen zu positionieren und erwartet von der Landesregierung, dass sie sich dem Beispiel vieler anderer Bundesländer anschließt und keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführt.

Am Frankfurter Flughafen wird es heute um 17:30 Uhr in Terminal 1 eine Demonstration und Protestaktionen gegen die Abschiebung geben.

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates:

069-976 987 10
hfr@fr-hessen.de